



Der sozialistische Kämpfer

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 9/10

September/Oktober 1990

5 Schilling

„Starke Sozialdemokratie für die Schwächeren“

Die Nationalratswahl vom 7. Oktober 1990 hat in Österreich die politische Landschaft verändert. Wir Sozialisten hatten allen Grund, am Abend dieses denkwürdigen Tages mit unserem Parteivorsitzenden Dr. Franz Vranitzky seinen persönlichen und unseren Erfolg vor dem Parteihaus in Wien zu feiern. Das Wahlziel wurde erreicht, die SPÖ blieb die stärkste Partei und wird wieder den Bundeskanzler stellen. Ein Erfolg, zu dem vor allem unserem Genossen Vranitzky zu gratulieren ist.

Die schwere Niederlage unseres Koalitionspartners ÖVP, die in diesem Ausmaß niemand erwartet hat, ist nicht nur das Problem dieser Partei. Das Abrutschen der ÖVP zur Mittelpartei auf der einen und das Erstarren der FPÖ zur kleineren Mittelpartei auf der anderen Seite erschwert die Regierungsbildung. Außerdem ist zu erwarten, daß dieses in der ÖVP als Katastrophe bewertete Wahlergebnis diese Partei noch lange beschäftigen wird. Man muß nicht nur

Personaldiskussionen erwarten, sondern ebenso Diskussionen über Strukturreformen und Programminhalte. Alles in allem wird die ÖVP auf absehbare Zeit stark mit sich beschäftigt sein, was sich auf ihren Beitrag zur Regierungsarbeit sicher auswirken wird.

Das Erstarren der FPÖ war erwartet worden. Und denkt man an den 12. März 1989, so zeichnete sich bei den drei Landtagswahlen an diesem Tag eigentlich das Ergebnis der Nationalratswahl



Franz Vranitzky am Abend des 7. Oktober vor dem SPÖ-Haus in Wien (Votafoto)

Gruß an die Bundeshauptversammlung 1990



Das Haus Angerer Straße 14 wurde von der Sozialdemokratischen Parteiorganisation von Floridsdorf im Jahr 1909 nach einer großen Spendensammlung gekauft und als Arbeiterheim eingerichtet.

Im Februar 1934 wurde um das Arbeiterheim schwer gekämpft (siehe Foto). Hier fand am 7. März 1938 die historische Betriebsrätekonferenz statt. Im Zweiten Weltkrieg wurde das Arbeiterheim durch Bombentreffer schwer beschädigt. An seiner Stelle wurde 1968 das „Haus der Begegnung“ errichtet, in dem die Volkshochschule Wien-Nord untergebracht ist.

1890-1990 - Der Kampf geht weiter

17. und 18. November 1990
Beginn 9 Uhr
im Haus der Begegnung Floridsdorf
Wien 21, Angerer Straße 14

vom 7. Oktober 1990 bereits ab: die ÖVP sank in ihrem Kernland Tirol unter die absolute Mehrheit und rutschte in Kärnten überhaupt an die dritte Stelle zurück. In Kärnten leistete sich die ÖVP in der Folge den schweren politischen Fehler, den Obmann der FPÖ, Dr. Jörg Haider, zum Landeshauptmann zu wählen. Sie verschaffte ihm damit jenes Maß an Glaubwürdigkeit, die es vielen Unzufriedenen erst ermöglichte, am 7. Oktober ihre Proteststimme der FPÖ zu geben. Es muß uns Sozialisten zu denken geben, daß die FPÖ gerade in Wien ihre stärksten Stimmenzuwächse erzielte und gerade in den traditionellen Arbeiterbezirken Favoriten, Simmering, Brigittenau, Floridsdorf und Donaustadt zur zweitstärksten Partei geworden ist, ebenso wie in den steiermärkischen Städten Leoben und Kapfenberg. Wir dürfen uns nicht mit

→

(Fortsetzung von Seite 1)

dem vordergründigen Trost begnügen, daß es sich dabei aller Wahrscheinlichkeit nach um eine vorübergehende Erscheinung handelt. Die Ursachen dieses Rechtsruckes müssen vielmehr gründlich erforscht werden, um rechtzeitig Gegenstrategien entwickeln zu können.

Die Sozialistischen Freiheitskämpfer befriedigt es, daß die eindeutige und klare Absage unseres Parteivorsitzenden Vranitzky gegen eine Koalition mit der Haider-ÖVP zu dem Wahlerfolg der SPÖ beigetragen hat. Wir haben ebenso mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß Genosse Vranitzky auch nach geschlagener Wahl an dieser klaren Linie festhält. Wir können und werden ihn in dieser Haltung unterstützen und bestärken.

„Die Parteireform darf sich in einer Namensänderung nicht erschöpfen.“

Auf die SPÖ kommen nach diesem 7. Oktober 1990 große neue Aufgaben zu. So sehr wir uns über den Erfolg unseres Spitzenkandidaten freuen und so sehr wir wissen, wie groß sein Beitrag zum Wahlerfolg der SPÖ war, so dürfen wir doch nicht vergessen, was Otto Bauer uns gelehrt hat: „Hoffen wir nicht auf große Männer!“ Otto Bauer, der selbst einer der großen Männer der österreichischen Sozialdemokratie war, hat dieses Wort in einer im Jahr 1931 gehaltenen Rede geprägt und mit Beispielen aus der Geschichte eindrucksvoll begründet. Im Fernsehzeitalter gelten freilich Bedingungen, die Otto Bauer noch nicht ahnen konnte. Aber auch Genosse Vranitzky weiß, daß er den Erfolg vom 7. Oktober nicht auf seine Person allein abstützen kann. Daher hat er unmittelbar nach der Wahl mit Recht von der Notwendigkeit der Weiterführung der Parteireform gesprochen, wobei er zweifellos davon ausgeht, daß es um mehr gehen muß als um einen neuen Parteinamen.

Wir sind im Jahr 1989 Zeugen einer Entwicklung in Osteuropa geworden, die man wohl mit einigem Recht eine Freiheitsrevolution nennen kann. Das kommunistische Zwangssystem ist zusammengebrochen wie ein Kartenhaus, und selbst das Land der Oktober-Revolution, die Sowjetunion, bleibt von dieser Entwicklung nicht verschont. Es gehört zum Vermächtnis von Josef Hindels, uns kurz vor seinem Tod gemahnt zu haben, nicht davon zu sprechen, daß in Osteuropa der Sozialismus zusammengebrochen ist. Sozialismus, wie wir ihn verstehen und immer verstanden haben, ist ohne Demokratie undenkbar. Was dort vom Volk beendet wurde, war die kommunistische Diktatur!

Haider ruft zu Denunziantentum auf

Der Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider, dem diensteifrige Journalisten eine besondere Volksverbundenheit nachsagen, hat seine Kärntner Landsleute zum Vernadern und Denunzieren aufgefordert. Vor dem 7. Oktober flatterte in Kärntner Haushalte ein Schreiben der FPÖ mit dem Konterfei von Jörg Haider: „Helfen Sie mit beim Aufdecken“ konnten die erstaunten Bezieher dieses Schreibens da lesen. Und weiter: „Wenn Ihnen ein Unrecht oder ein Skandal in Ihrer Gemeinde oder Ihrem Bezirk bekannt ist, schreiben Sie mir.“ Um etwaige Schreibhemmungen zu beseitigen, wird die Einladung hinzugefügt, „auch anonym“ zu schreiben: „Wenn Sie Ihren Namen nicht preisgeben wollen oder können, weil Sie sich vor Folgen fürchten müssen, schreiben Sie mir – auch anonym.“ Und als Gipfel die Versicherung: „Wir werden jedem Hinweis nachgehen.“ Die FPÖ und ihr Obmann Haider wollen damit offenbar die Arbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft übernehmen und selbst Ermittlungen auf Grund von Hinweisen aus der Bevölkerung durchführen. Mit Recht schreibt die „Kärntner Tageszeitung“, die diese

skandalöse Aktion der FPÖ aufgedeckt hat, es sei zu befürchten, daß dadurch üblem Denunziantentum Tür und Tor geöffnet wird, ohne daß es irgendeinen Datenschutz gibt. Pointe am Rande: die Ermittlungen der FPÖ sollen offenbar von den Bürgern selbst auch noch bezahlt werden, denn in einem weiteren FPÖ-Schreiben schnorrt die FPÖ um „eine Spende, die Ihren finanziellen Möglichkeiten entspricht“. Im Wahlkampf ließ sich Jörg Haider als ein „Unbestechlicher“ plakatieren. In Wirklichkeit startet er eine bedenkliche Aktion, in der die FPÖ-Sekretariate als Schnüffelzentralen zum Einsatz kommen sollen. Die FPÖ hat offenbar Schwierigkeiten mit dem Rechtsstaat, wie auch die Entlassung eines Zentralbetriebsratsobmannes durch Jörg Haider gezeigt hat. Aber der Kärntner Landeshauptmann wird zur Kenntnis nehmen müssen, was ihm die „Kärntner Tageszeitung“ ins Stammbuch geschrieben hat: „Wenn es in Österreich irgendwo ein Unrecht gibt, dann sind für dessen Klärung Gendarmerie und Polizei, Staatsanwälte und Richter da. Aber nicht Haiders Parteilocher!“

stische Diktatur! Wir hoffen mit vielen Freunden in diesen Ländern, daß die Völker Osteuropas und der Sowjetunion schließlich doch einen sozialdemokratischen Weg in die Zukunft finden.

Die sozialistischen Freiheitskämpfer hätten nichts dagegen einzuwenden, wenn die SPÖ sich dazu entschließt, zu dem traditionsreichen Namen „Sozialdemokratische Partei“ zurückzukehren, um in der gegebenen Situation jede Verwechslung mit Parteien auszuschließen, die den Begriff „Sozialistisch“ jahrzehntelang mißbraucht haben. Die Parteireform darf sich in einer Namensänderung aber nicht erschöpfen. Sicher wird man die Organisation den Erfordernissen der modernen Zeit anpassen müssen. Die Menschen im ausklingenden 20. Jahrhundert müssen anders angesprochen werden, als dies noch in den fünfziger Jahren oder gar in der Ersten Republik möglich war. Von der Sozialdemokratie erwarten die Menschen aber auch heute mehr, nämlich klare Aussagen zu ihren politischen Absichten. Es wird daher notwendig sein, das vom Bundesparteitag 1989 beschlossene Manifest „Sozialdemokratie 2000“ endlich einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen und mit den darin zu findenden Inhalten die politische Diskussion in Österreich zu bestimmen. Damit könnte man dem Rechtspopulismus Haiders den Wind aus den Segeln nehmen. Die führende politische Kraft im Lande ist die SPÖ und sie muß die Themen und damit die Richtung der Politik angeben.

Genosse Franz Vranitzky hat in einem nach dem 7. Oktober erschienenen Interview auch schon ein Motto für die künftige politische Arbeit ausgegeben: „Starke Sozialdemokratie für die Schwächeren.“ Dieses Motto ist mit Inhalten zu füllen. Und wenn der Parteivorsitzende von ökologischer und sozialer Erneuerung und von der Umverteilungsfrage spricht, so können wir ihm dabei folgen. Die Freiheitskämpfer erwarten darüber hinaus, daß der Kampf gegen Neonazismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit mit mehr Energie als bisher geführt wird. Vor allem erwarten wir eine Justiz, die die entsprechenden Gesetze im Kampf gegen Neonazismus und Rechtsradikalismus auch zur Anwendung bringt und nicht so einäugig wie bisher ist.

„Die SPÖ muß eine Partei des entschiedenen Antifaschismus bleiben.“

Die Ablehnung einer Koalition mit der Haider-FPÖ wurde von den Wählern belohnt. Auf diesem Weg müssen wir weitergehen. Die SPÖ muß eine Partei des entschiedenen Antifaschismus bleiben, in der Antisemitismus und jede Form von Ausländerfeindlichkeit keinen Platz haben. Damit bilden wir auch die Grundlage für neue Erfolge.

H. W.



Hoffen auf „Mitteldeutschland“

Die Perspektiven der extremen Rechten in Deutschland

Die Herstellung der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 wirft eine ganze Reihe von Fragen nach der Zukunft auf, nicht zuletzt jene nach der Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems. Für die deutschen Rechtsextremisten und Neonazis aber ergeben sich aus dem 3. Oktober ganz andere Perspektiven: für sie ist die ehemalige DDR ein Hoffungsgebiet. Was sich in der deutschen Neonazi-Szene abspielt, ist auch für die österreichischen Antifaschisten wichtig zu wissen. Der „Kämpfer“ druckt daher im folgenden eine Analyse von Martin Stadelmaier, geboren 1958, Referent beim SPD-Parteivorstand in Bonn, ab, die in den deutschen „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ 9/1990 erschienen ist.

Die Öffnung der Mauer im November 1989 hat viele Karten neu gemischt. Auch im Bereich des Rechtsextremismus hat es tiefgreifende Veränderungen gegeben. In der Bundesrepublik scheint die extreme Rechte zurückgeworfen, wie es noch im Sommer 1989 selbst für die größten Optimisten kaum vorstellbar war. In der DDR dagegen treten seit den Demonstrationen im Jänner 1990 – Verbote hin, Strafandrohungen her – Rechtsextreme aller Schattierungen zunehmend an die Öffentlichkeit. Der verordnete Antifaschismus erweist sich als hohl – wieweit der angerichtete Flurschaden geht, wird sich erst in den kommenden Jahren herausstellen. Will man die Situation des Rechtsextremismus und seine Basis im Sommer 1990 analysieren, so wird man sich – BRD und DDR zunächst getrennt – verschiedene Szenarien Gesamtdeutschlands in der Perspektive ansehen müssen.

Vor etwa einem Jahr – vielleicht angeregt durch den Druck, das „Sommerloch“ füllen zu müssen – sah der „Stern“ Franz Schönhuber und seine „Republikaner“ kurz vor der Macht(Übernahme). Was da sensationsheischende Journalisten aufsuchten, wurde ansonsten nur in Kreisen militanter selbsternannter Antifakämpfer für bare Münze genommen. Aber erinnern wir uns:

Die REP hatten mit Erfolg die Landtagswahl in Berlin, diverse Kommunalwahlen und mit 7,5 Prozent der Stimmen die Europawahl bestritten. In ihrem Fahrwasser kam die NPD in Frankfurt auf 6,6 Prozent. Wenn nicht in diesem Maße, so hatten zahlreiche Wahlen zuvor, aber auch andere gesellschaftliche Frühwarnsysteme, signalisiert, daß die extreme Rechte zunehmende Resonanz findet. davon soll später die Rede sein. Entscheidend ist, daß mit den REP seit langem wieder eine rechtsextreme Partei erfolgreich war – und zwar im doppelten Sinne: Die Union machte deutliche Zugeständnisse, die politische Landschaft war aufgemischt. Ideologisch bilde(te)n sie einen Brückenkopf zwischen konservativ-deutsch-nationalen Kräften der Union und autoritär-faschistoiden bis modernisiert faschistischen Politikangeboten. Dem rechtsextremen Lager

schien sich ein neues Gravitationszentrum zu bieten, die Deutsche Volksunion Liste D und die Nationaldemokratische Partei (NDP) sahen sich endgültig in die Statistenrolle gedrängt. Der Neonazi-Szene, von der Wiedererrichtung des Dritten Reiches überzeugt, war und ist der Parteienkram ohnehin zu lasch – von willkommenen, Randalen verheißenden Ordnerdiensten abgesehen.

Eine Vielzahl von Autoren hat den Aufstieg der REP treffend analysiert. Meinungsforschungsinstitute haben Motivation von Wählern/innen untersucht, und nicht zuletzt hat die SPD sich der Aufgabe unterzogen, vor allem den REP-Wählern nachzuspüren, die ihr verloren gingen. Um den gegenwärtigen Niedergang der REP zu erklären, ist es wichtig, sich noch einmal politische wie soziostrukturelle und sozialökonomische Gründe für ihren Aufstieg zu vergegenwärtigen.

1. Von vielen Wählern der Konservativen wurde ein Ausbleiben der „geistig-moralischen“ Wende beklagt. Das bezog sich auf die Familienpolitik ebenso wie auf Fragen der inneren Sicherheit und der Erziehung. Der Kern der Kritik richtete sich gegen eine verfehlte

Deutschlandpolitik und die Fortsetzung der Entspannungsmaßnahmen. Diese Wahrnehmung ist völlig durch die Entwicklung der deutschen Frage und die Herstellung der Einheit zwischen DDR und BRD überlagert worden. Die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 mag so manchem erstrebenswert erscheinen, der gegenwärtige Prozeß versöhnt wieder mit der Union. Aber, . . . auch hier wird noch zu differenzieren sein.

2. Die REP sind von ihrer Wählerschaft in erster Linie über die Frage der Ausländer- und Asylbewerberpolitik wahrgenommen worden. Die anderen Parteien hatten hier in den Augen der REP-Wähler nichts zu bieten. Bereits im Jahre 1988/89 war deutlich absehbar, daß diese Frage vom stark angeschwollenen Zuzug von Aus- und Übersiedlern überlagert wurde. Die extreme Rechte insgesamt steckte in der Klemme: Ideologisch sind alle diese Menschen Deutsche, also bevorzugt zu behandeln. In den Augen ihrer Klientel aber waren die Neuankömmlinge oftmals Fremde aus einer anderen Welt. Ihre Berechtigung, in diesem Land zu leben und sogar Vergünstigungen gegenüber der einheimischen Bevölkerung zu erhalten, wurde bestritten, ja oftmals ausdrücklich gegen die erarbeiteten Rechte länger in der BRD lebender Ausländer gesetzt. Die REP hielten diesen Spagat nicht durch.

3. Der Funktionärskader der REP rekrutiert(e) sich zunehmend aus Mandatsträgern anderer rechtsextremer Formationen, zwielichtigen Gestalten und

→



Nazis unter Gottfried Küssel lenken einen „befreiten“ Wagen der Roten Armee durch das ehemalige KZ Sachsenhausen (Fotos: Searchlight Magazine, London)

(Fortsetzung von Seite 3)

so weiter. Der Parteivorsitzende selbst legte davon in diesem Frühjahr Zeugnis ab. Durchstechereien, Skandale, dubiose Machenschaften drängen zunehmend an die Öffentlichkeit und rampolierten nachhaltig das Bild der selbsternannten „Saubermänner“. Die bis in erhebliche Teile der Union reichende organisationspolitische Isolierung der falschen Republikaner mag dazu ebenfalls beigetragen haben.

Parteipolitisch gesehen ist die extreme Rechte im Niedergang. Ob die bayerische Landtagswahl zu einer bundesweit ausstrahlenden Renaissance der REP führen wird, ist offen. (Bei der Landtagswahl vom 14. Oktober erreichten die REP in Bayern 4,9 Prozent der Stimmen, Anm. d. Redaktion.) Aber schon ein relativer Erfolg würde das Überleben sichern. Bei den Wahlen am 2. Dezember würde dann eine neue Runde eingeläutet.

Ungeachtet aller wahlpolitischen Erfolge der extremen Rechten hat die Forschung, insbesondere die Jugendforschung, immer wieder darauf hingewiesen, daß die eigentliche Brisanz des Rechtsextremismus in weitverbreiteten Einstellungs- und Orientierungsmustern liegt. Sie fügen sich keineswegs quasi automatisch zu einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild, auch nicht zu elektoraler Zustimmung oder gar zur Aktivierung in einer rechtsextremen Partei. Sie sind ein Potential, das sich unter be-

stimmten Konstellationen zusammenbinden läßt. Einen Vorgeschmack haben wir durch die REP 1989 erhalten.

Aus der Jugendszene der Bundesrepublik Deutschland gibt es keine Anzeichen für Entwarnung. Rechtsextreme Jugendcliquen und -kulturen haben ungebrochenen Zulauf. Die Bereitschaft etablierter Politik, aber auch von Gewerkschaftsarbeit auf kommunaler und regionaler Ebene – und nicht nur da –, durch die Förderung und Initiierung politisch-pädagogischer Projekte auf diese Entwicklung zu reagieren, ist übrigens erschreckend gering, ja sie sinkt – soweit vorhanden – in dem Maße, wie sich diese Stimmung wahlpolitisch nicht artikuliert. Dies wird sich rächen – auch mit Blick auf die dritte und vierte Generation hier lebender ausländischer, meist türkischer Jugendlicher, die mit zunehmender Aggressivität ihren Anspruch anmelden, in dieser Gesellschaft „eine Rolle zu spielen“.

Ursachen des Rechtsextremismus

Es zeugt von einer gravierenden Fehleinschätzung, wenn geglaubt wird, die soziostrukturellen Ursachen für ein Erstarken des Rechtsextremismus seien angegangen oder gar beseitigt:

a) Die Modernisierungsprozesse der Industriegesellschaft weisen nach wie vor die ihnen eigentümliche Dialektik auf. Sie erzeugen Gewinner und Verlie-

rer. Die Kluft zwischen beiden Gruppen in der BRD wird immer größer.

b) Tatsächliche (nicht die vielen vermeintlichen) Ungerechtigkeiten, oft kleinräumig wirksam, sind kaum korrigiert. Zwar hat es Verbesserungen beim Pflegepersonal oder der Polizei gegeben, aber wer wollte bestreiten, daß dies Tropfen auf heißen Stein und keine in den Kern zielenden Maßnahmen sind. Wo bleibt eigentlich der Aufschrei in dieser Republik, wenn zum Beispiel das Kindergeld erhöht, bei Sozialhilfeempfängern aber nach wie vor von der Sozialhilfe abgezogen wird?

c) Rechtsextremismus – Verhalten wie Votum – steht im Zusammenhang mit einer schwierigen Entwicklung der Metropolen, insbesondere ihrer Peripherie und dem Hinterland. Kulturelle Perspektivlosigkeit mischt sich dort mit einer unbefriedigenden Arbeitssituation, ja oft mit Arbeitslosigkeit. Problematische Wohnungs- und Mietverhältnisse prägen das Bild ebenso wie trostlose Freizeitmöglichkeiten. Was Spaß macht, kostet viel, meist viel zu viel Geld. Ähnliches gilt für das Hinterland – abgehängt von den stadtnahen Bereichen, im Windschatten von Verkehrs-, Arbeits- und Kommunikationsmöglichkeiten.

d) Die Deformationen der politischen Kultur in der Bundesrepublik können nicht nachdrücklich genug verdeutlicht werden. Die Kritik an Politik wird nicht nur von REP-Wählern geteilt. Diese Distanz zur Politik ist nicht zwangsläufig eine Krise des demokratischen Prinzips. Korruptionen, Skandale, Selbstbedienung, praxisferne Entscheidung – „Die tun ja eh, was sie wollen“ –, sie alle sind Ausdruck dieser Entwicklung. Das Einbringen von Partikularinteressen und deren Artikulation bis hin zum Sündenbockprinzip und deren Durchsetzung bestimmen oft das Bild. Anders gesagt: Unter schwarz-rot-goldener Einheitseuphorie wird Verdruß erkennbar. Er artikuliert sich nicht in lautstarkem Protest, dazu fehlen die organisierenden Zentren. Aber es könnte zu einer Abkehr von der Politik kommen, zum Ausdruck gebracht durch Rückzug, Enthaltung und der rücksichtslosen Verfechtung eigener Interessen. Davon kann langfristig die extreme Rechte profitieren. Es wäre eine Verkennerung der Tatsachen zu glauben, an den gesellschaftlichen Dispositionen, von denen vor einem Jahr die REP profitierten, habe sich irgend etwas grundlegend geändert. Die politischen Konstellationen sind andere. Gerade das letzte Jahr hat gezeigt, wie schnell sie sich ändern können.

Die Hoffnung der arg gebeutelten bundesdeutschen Rechtsextremen richtet sich auf die Bevölkerung der DDR. Von der Ablehnung des alten Regimes möchten sie ebenso profitieren wie von den geplatzten Träumen in der ökonomisch-sozialen Trümmerlandschaft, die die SED/PDS, verschärft durch die übereilte

„Manche Hände zittern noch“

Die deutsche Vereinigung hat nicht überall in Europa Begeisterung ausgelöst: „Apropos gesamtdeutsche Bühne: Im europäischen Parkett gibt es Zuschauer, denen das Zittern in den Händen nicht aufhören will. Ganz normale Hände von ganz normalen Menschen, die seit mehr als vierzig Jahren Erinnerungen und Grabsteine pflegen. Manchmal sind es auch Massengräber. Oder beides gemischt. Fünfundvierzig Jahre sind vergangen, bestimmte Schmerzen unerträglich wie am ersten Tag geblieben“, schrieb die Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ am 28. September 1990 unter dem Titel „Manche Hände zittern noch“. Bei diesem Artikel handelt es sich um eine Reportage aus dem französischen Dorf Oradour-sur-Glane. Der Name dieses Ortes allein läßt erschauern, wie der Name des Ortes Lidice. Am 10. Juni 1944, einem Samstag, vier Tage nach der Landung der Alliierten in der Normandie, gegen 14 Uhr, waren in den friedlichen Ort Oradour deutsche Militärlastwagen und Kettenfahrzeuge eingerollt, denen Soldaten im Kampfanzug entstiegen. Die 3. Kompanie des Regiments „Der Führer“, die SS-Panzer-Division „Das Reich“. Der Befehl dieser Einheit lautete: Vernichten! Und dieser Befehl wurde erbarmungslos gründlich ausgeführt: 327 der 328 Häuser von Oradour gingen in Flammen auf. Frauen und Kinder wurden in der Kirche, Männer in mehreren Scheunen zusammengetrieben und hingemetzelt. Gehbehinderte und Bettlägige wurden gleich in ihren Wohnungen erschossen. 642 Menschen wurden ermordet, unter ihnen 207 Kinder. Nur sechs Menschen überlebten durch Zufall das Massaker. Zur Erinnerung an dieses Verbrechen blieben die Ruinen von Oradour erhalten als „Märtyrerdorf“. Inzwischen ist neues Leben in Oradour eingekehrt, aber auch die Angst ist wieder da vor der deutschen Vereinigung. Die Jungen von Oradour haben keine Angst, „denn die Deutschen sind doch Menschen wie alle anderen, oder?“. Dazu „Die Zeit“: „Woran manchmal gezweifelt werden darf. Zum Beispiel, wenn auf dem Boulevard Montmartre in Paris ein paar deutsche Touristen mittleren Alters den Arm zum Hitler-Gruß erheben und grölend erinnern: ‚Deutschland über alles‘. Eine Ausnahme natürlich. Ein Witz, versteht sich. Schwerfällig und unsensibel. Eine ganz banale Geschichte. Und außerdem waren sie betrunken. Das Wetter war schön, es war ein Sonntag. Und im weit entfernten Oradour werden sie diese Stimmen nicht gehört haben.“



(Fortsetzung von Seite 4)

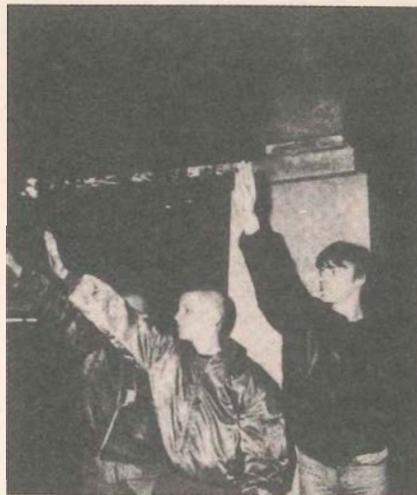
Kohlsche Währungsunion, hinterlassen hat. Dieses mögliche Potential ist in der DDR vorhanden, auch wenn man mit Blick auf die heutige Situation den Hinweis des Dokumentarfilmers Roland Steiner teilen kann, Grund zur „Panik“ bestehe nicht.

Rechtsextremistische Bestrebungen gibt es in der DDR seit langem. Nur die, die vor 1989 nie in der DDR waren oder nur zu bereitwillig auf den ausgelegten Leimrouten des Regimes krochen, konnten sie ignorieren. Seit den achtziger Jahren waren sie nicht nur in den Nischen der dortigen Gesellschaft zu finden. Wer je bestimmte Fußballspiele der DDR-Oberliga besuchte, konnte jene Töne deutlich vernehmen, die man aus westdeutschen Stadien kennt. Ausländerfeindliche Stimmung, überdeckt von einer tönernen internationalen Solidarität, wurden – wie gegen die Polen – gefördert. Es waren Vorbote einer Entwicklung, durch westdeutsche Vorbilder zusätzlich inspiriert, die bereits Mitte der achtziger Jahre zu einer rechtsextremen Szene führte, die teils in Jugendkulturen und -cliquen offen, teils völlig integriert in den Arbeitsprozeß als sogenannte „Faschos“ auftraten. Eine der wenigen Untersuchungen über die Sozialstruktur rechtsextremer Potentiale weist – bei aller Vorsicht – auf einen auffallend starken Anteil an Facharbeitern und Lehrlingen. (Es gibt kaum nennenswerte Untersuchungen über den Rechtsextremismus in der DDR. Meine Ausführungen basieren auf Eindrücken und sind deshalb vorläufig und sicherlich nicht immer richtig gewichtet.)

Interessant ist der Hinweis von Benno Fischer, „daß bei Mitgliedern rechtsextremistischer Gruppierungen die Arbeit und die Arbeitsdisziplin einen ausgesprochen hohen persönlichkeitsstrukturierenden, identitätsstiftenden und ideologieproduzierenden Stellenwert erhalten.“ In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß das DDR-System ab Mitte der siebziger Jahre durch eine zunehmende Reproduktion seiner Berufsgruppen gekennzeichnet war, das heißt Aufstiegschancen, insbesondere für die Arbeiterschaft, wurden immer geringer.

Neben einer mehr oder minder „organisierten“ rechtsextremen Szene der DDR bis zum Fall der Mauer gab es einige längerfristig angelegte Dispositionen, die Einfallstore für autoritär-intolerante Politikangebote sein können (aber nicht müssen):

– In der Bevölkerung der DDR gibt es erhebliche Anteile, die bestenfalls Bruchstücke einer demokratisch-freiheitlichen Kultur verinnerlicht haben. Das ist ihnen nach 40 Jahren Diktatur und 12 Jahren nationalsozialistischen Terrorregimes nicht vorzuwerfen. Die Folgewirkungen einer formierten Gesellschaft, die neben Widerstand und Aufgehören eben in erster Linie Anpassung erzeugt hat, werden noch weit tragen.



Junge Nazis in den Straßen von Leipzig

Die Zerstörung einer demokratischen politischen Kultur – soweit sie zum Beispiel in der Arbeiterschaft den Nationalsozialismus überlebte – durch die SED und die Blockparteien war gründlich und ist verheerend.

– Es wäre falsch, den Mangel an Aufarbeitung und die Kontinuität des NS-Erbes im Lichte der Versäumnisse in der DDR für die Bundesrepublik als erledigt zu betrachten. Diese Mängelliste bleibt durchaus bestehen.

Mit der DDR ist auch ihr antifaschistischer Mythos zusammengebrochen.“

Mit der DDR ist auch ihr antifaschistischer Mythos zusammengebrochen. Zu Recht verweist Ralph Giordano auf die „abenteuerverliche Lüge“ der DDR-Führung, „die Staat und Bevölkerung . . . sozusagen posthum zu einem Teil der Anti-Hitler-Koalition“ gemacht habe. Ungeachtet mancher (berechtigter) Säuberung gegenüber Ex-Nazis – Kontinuitätslinien zum NS-Regime sind unübersehbar. „Faschistische Traditionslinien“, so der Volkskammerabgeordnete Konrad Weiß, „personelle wie strukturelle, finden sich auch noch im sozialistischen Staat . . . Die kommunistische Kaderpartei förderte nicht die Ausbildung demokratischer Tugenden, sondern betonte durch neue Privilegien Untertanengeist und Parteigehorsam. Das Führungsprinzip . . . erlebt unter anderen Vorzeichen eine Wiedergeburt.“ Weitere Beispiele lassen sich mühelos finden: die Fortsetzung militärischer Traditionspflege, umgedeutet auf die napoleonischen Befreiungskriege und Preußens Gloria. Wer jemals das abstoßend-verlogene Zeremoniell am Mahnmal für die Opfer von Faschismus und Militarismus

in Berlin gesehen, die Perverbierung des Liedes der Arbeiterbewegung „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ zu einem Militärmarsch im Stechschritt gehört hat, dem mußte klar sein, daß die „Aufarbeitung“ des Nationalsozialismus vielleicht dessen ökonomischen Ursachen, sicherlich aber nicht seine psychologische, kulturelle und politische Basis aufgedeckt hat. So unzureichend sie auch in ihrer Wirkung gewesen sein mag, die antiautoritäre Studentenbewegung der sechziger Jahre hat in der Bundesrepublik auf diesem Gebiet Entscheidendes in Gang gebracht. Die Bevölkerung der DDR wird sich auch dieses Stück der Vergangenheitsbewältigung nicht ersparen können.

Die extreme Rechte legt ihre Fallen aus. Sie hofft, daß die Enttäuschung erheblicher Teile der Bevölkerung der ehemaligen DDR – angesichts ausbleibenden schnellen Wohlstands – sich am vermeintlich Letzten aufrichtet, was bleibt – dem „Stolz, ein Deutscher zu sein“, der Größe der Nation. Sie wird definiert und erprobt in der Auseinandersetzung mit Minderheiten, im Aufgreifen alter Ressentiments, im Versuch, großdeutsche Träume zu mobilisieren. Von zu vielen Seiten kommen gegenwärtig – oftmals unbewußte – Töne, die ein solche Tendenzen förderndes Gesamtklima erzeugen. Hier gilt es, entschieden gegenzuhalten. Auch gegen die „Bewegung des gewaltlosen, aber entschiedenen Revisionismus“, dies- und jenseits der Oder-Neiße-Linie, wie ihn die Vertriebenenverbände propagieren, muß vorgegangen werden. Die „Blut-und-Boden“-Paraphrasen des Grundgesetzes müssen endlich gestrichen werden. Die deutsche Linke hat sich einer nationalen Frage nicht im Sinne zu stellen, daß sie die Konservativen in nationaler Symbolik oder im Sinnieren über Patriotismus zu übertreffen habe. Die Ausgestaltung von Verfassung und ihre Realität, die Bewahrung der Natur in einer leistungsfähigen Industriegesellschaft, das Bemühen um soziale Gerechtigkeit sind eigenständige Aufgaben, auch gegen rechts und rechtsaußen. Eine solche Politik braucht auch ihre demokratische Symbolik.

(Hier ist nicht Platz genug, eine gravierende Entwicklung in Italien ausführlich zu erörtern. Der Erfolg regionaler Ligen weist auf ein politisches Problem, das es zu erörtern gilt. Das Konzept, europäische Strukturen und zugleich regionale Bindungen zu Lasten einer nationalstaatlichen Orientierung zu stärken, hat offenkundig zumindest bezüglich des Abbaus von Vorurteilsstrukturen und Ausgrenzungsprozessen seine Grenzen. An dieser Stelle muß dieser Hinweis genügen.)

Nationalistische Töne der extremen Rechten sind eng mit der Frage des Umganges mit hier lebenden Ausländern, Asylbewerbern und Aussiedlern verbunden. Es besteht die Gefahr, daß vor dem Hintergrund zunehmender sozialer Kon-



(Fortsetzung von Seite 5)

flikte im Osten Deutschlands und ihrer Ausstrahlung nach Westen die Ausländerfrage grundsätzlich gestellt wird. Die Antwort der extremen Rechten ist klar: Ausländer raus! Der Sündenbock für fehlende Arbeitsplätze steht für sie bereit. Sie wird versuchen, Nutzen aus der „Erkenntnis“ so manchen ehemaligen DDR-Bürgers zu ziehen, daß im Westen des Landes Ausländer leben, die Arbeit und Einkommen haben, ja sich einen gewissen Wohlstand erarbeitet haben. Die Empfänglichkeit für einfache Formeln wird vermutlich wachsen, auch angetrieben durch eine vom Westen gepflegte Ignoranz der Realität bundesrepublikanischer „Lebensqualität“. Sie ist nicht binnen kurzem herstellbar.

Die REP und Co. werden auch versuchen, durch das Schüren von Haß und Vorurteilen gegenüber Asylbewerbern zu profitieren. Es darf keinen Zweifel daran geben, daß das Grundrecht des Asyls nicht angetastet wird. Jeder Versuch, hier Veränderungen vorzunehmen, stärkt nicht nur die extreme Rechte in ihrer Agitation, viel entscheidender ist, daß er an einem Eckpfeiler des Selbstverständnisses einer Linken und liberalen Grundrechtsauffassung rüttelt. Unbeschadet dessen jedoch kann man die Augen nicht davor verschließen, daß es für alle Beteiligten schwer erträglich ist, daß die Verfahren zur Feststellung der Asylberechtigung so langwierig sind. Dies gilt auch für die Abschiebung. Unterhalb der Grundgesetzregelung gibt es ohne Zweifel Handlungsbedarf, zumal das Ignorieren von Schwierigkeiten jenes Sammelsurium von Halbwahrheiten entstehen läßt, von dem die extreme Rechte zu profitieren wünscht. Es ist dringend geboten, in Deutschland ein Einwanderungsgesetz zu verabschieden. Die demokratische Nagelprobe sollte nicht unter dem Eindruck einer hunderttausendfachen Zuwanderung aus Osteuropa, der Sowjetunion und anderen Regionen bei gleichzeitiger millionenfacher Arbeitslosigkeit gemacht werden. Auch hier sollte uns der Blick zum Nachbar Frankreich Warnung genug sein.

Gerade mit dem Blick auf die ehemalige DDR ist es wichtig, alle multikulturellen Bemühungen zu verstärken. Vom Gegenhalten, von der täglichen Zivilcourage, vom demokratischem Alltagsbewußtsein hängt ab, ob die extreme Rechte erfolgreich sein kann. Es bereitet Sorge, daß Politik wie Intellektuelle, Gewerkschafter und Kirchen, vor allem im Osten Deutschlands, zu diesen Problemen schweigen, ja sie zum Teil als solche gar nicht erkennen. Es gibt zu denken, wie sang- und klanglos beispielsweise das Wahlrecht für Ausländer in der DDR beerdigt wurde. Die Geschichte der BRD zeigt, daß ökonomisch-kulturelle Faktoren wie ein massenhafter Tourismus, Werbekampagnen nach dem „Uni-

Demokraten können Gefahr abwenden

Im Rahmen der Ausstellung über das Ghetto in Lodz „Unser einziger Weg ist Arbeit“ veranstalteten das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes und die Österreichische Gesellschaft für Kulturpolitik am 1. Oktober 1990 im Wiener Künstlerhaus eine Diskussion, die mit einem Vortrag von Dr. Arnold Mostowicz eingeleitet wurde. Mostowicz arbeitete von 1941 bis 1944 als Sanitätsarzt im Ghetto von Lodz, später als Journalist und Schriftsteller.

Lodz sei das erste, 1940 von den Nazis eingerichtete, Ghetto gewesen, zugleich war es das letzte, das im August 1944 liquidiert wurde. 1942 wandelten die Nazis das Ghetto in ein Arbeitslager und einen Ort der Sklavenarbeit um. Die drei häufigsten Todesursachen, von Mostowicz die „drei Reiter der Apokalypse“ genannt, waren Hunger, Krankheit und Aussiedlung, was gleichbedeutend war mit dem Gang in die Gaskammer des Konzentrationslagers Chelmo. Schon im Oktober 1941 waren 20.000 Juden aus Wien, Prag, Berlin, Frankfurt, Köln, Düsseldorf, Hamburg und Luxemburg nach Lodz deportiert worden. Die Mehrzahl von ihnen fand ebenso in Chelmo den Tod. Im August 1944 wurde Lodz als letztes Ghetto in Polen liquidiert. Mehr

ted-Couleurs“-Strickmuster oder eine hohe Exportabhängigkeit fremdenfeindliche Stimmungen langfristig reduzieren können. Aber, darauf allein zu setzen ist zu wenig.

Längst vor der kürzlichen Aufhebung des Verbotes haben sich rechtsextreme Parteien und Organisationen aller Schattierungen intensiv um den Aufbau „mitteleuropäischer“ Filialen bemüht, von der Existenz der hart am rechtsextremen Rand operierenden Deutschen Sozialen Union völlig abgesehen. (Bei den Landtagswahlen vom 14. Oktober spielte die DSU in den Ländern der ehemaligen DDR keine Rolle, Anm. d. Redaktion.) Die Brisanz liegt gegenwärtig in einer sich über die ehemalige DDR auffrischenden jugendlichen Neo-Nazi-Szene. Sie strahlt aus in Jugendkulturen und -cliquen. Sie haben gute Kontakte zum organisierten Rechtsextremismus, vor allem, wenn es um die „Bewährung in der Tat“ geht. Sie träumen vom Dritten Reich, vom Führer, wollen „Kanaken raus“ haben und die Demokratie abschaffen. Sicher geht es nur um eine kleine Minderheit, aber sie hat das Potential, ein friedliches Zusammenleben nachhaltig zu stören. Aus dem Westen kennen wir solche Gruppen nur regional, zum Beispiel im Großraum Hannover-Hildesheim oder Hamburg. Bei ihrem Umfeld, den Sympathisanten und Mitläufern, finden sich alle dem Politischen weitgehend entzogenen Elemente jugendlichen Protestes und Aufbegehrens.

als 60.000 Menschen wurden nach Auschwitz deportiert. Als die Rote Armee am 19. Jänner 1945 Lodz befreite, lebten nur noch 877 Juden im Ghetto, das sogenannte Aufräumkommando.

In der anschließenden Diskussion sagte der Leiter des Dokumentationsarchives, Dr. Wolfgang Neugebauer, es sei berechtigt, von der Einmaligkeit des Holocausts zu sprechen. Dennoch werden heute die NS-Verbrechen verharmlost oder negiert. Die „Holocaust-Lüge“ sei eine der wichtigsten Strömungen des Antisemitismus. Neugebauer forderte mehr Sensibilität für die Vergangenheit und wies darauf hin, daß der deutsche Einigungsvertrag keine Verantwortung für den Holocaust enthält. Auch Abg. Ing. Ernst Nedwed ging auf die deutsche Einheit ein und meinte, es sei eine Aktivierung des Deutschnationalismus in Österreich zu befürchten. Die Justiz in Österreich sei bei der Bekämpfung des Neonazismus sehr lau, während sie auf anderen Gebieten sehr aktiv sei. Als gefährlich bezeichnete Nedwed die mögliche Verbindung von neonazistischen Aktivisten mit der Sympathisantenzene. Die demokratischen Kräfte in Österreich sind aber imstande, eine echte Gefahr abzuwenden, betonte Abg. Nedwed.

Gleichwohl ist die Initiierung (politisch) pädagogischer Projekte wichtig. Dafür gibt es im Westen erfolgreiche Ansätze, wenn sie auch oft ein stiefmütterliches Dasein führen. Aber ohne Zweifel gilt für Jugendliche wie für Erwachsene: Die Lösung oder Milderung sozialer und ökonomisch(-ökologischer) Probleme, vor allem die allgemeine und individuelle Auflösung der Schwierigkeiten um eine qualifizierte Ausbildung und einen Arbeitsplatz sind zentral wichtig, um der extremen Rechten den Boden zu entziehen. Um ein Beispiel zu nennen: **Jugendliche, die mit den Rechtsextremen sympathisieren, unterscheiden sich in ihren Lebensplänen nicht nennenswert von ihren Altersgenossen. Das Beispiel Schweden zeigt, wie Vertrauen gewonnen werden kann. Jugendlichen muß eine qualifizierte Berufsausbildung und der Einstieg ins Berufsleben garantiert werden. Zeitlich befristete Arbeitsplatzgarantien sind dafür ein geeignetes Instrument.**

Mit Blick auf Jugendliche im Osten Deutschlands, aber nicht nur da, steht das Problem der Darstellung und Aufarbeitung von Nationalsozialismus und Stalinismus. Beides wird nur in breitem Maße erfolgen, wenn es Aufgabe der demokratischen Linken in diesem Land ist beziehungsweise bleibt. Die Konservativen scheinen auf ein „Tauschgeschäft“ besonderer Art zu setzen. An den Verbrechen des Stalinismus beziehungsweise des DDR-Regimes soll nur dann

→

Neue politische Bücher

Die Ausländerfrage hat die Wahlentscheidung vom 7. Oktober mitgeprägt, nicht zuletzt in Wien, wie die Ergebnisse der FPÖ in der Leopoldstadt, in Floridsdorf oder in Favoriten zeigen. Umso wichtiger ist das Erscheinen der ersten umfassenden Quellensammlung zu Geschichte und Gegenwart der Zuwanderung nach Wien. Das großformatige Buch von Michael John und Albert Lichtblau ist unter dem Titel „**Schmelztiegel Wien einst und jetzt – Zur Geschichte und Gegenwart von Zuwanderung und Minderheit**“ im Böhlau Verlag (Wien 1190, 487 Seiten, 686 Schilling) herausgekommen. Nach einer historischen Einleitung von Erich Zöllner unter dem charakteristischen Titel „Zur Geschichte des Klischees von Wien und den Wienern“ gibt der Band einen Überblick über Anzahl, Herkunft und Berufstätigkeit der Zuwanderer in Wien, über die Ursachen der Zuwanderung, über Wohnverhältnisse, Assimilation und Integration sowie über Minderheiten- und Ausländerpolitik. Ein eigenes Kapitel ist dem politischen Antisemitismus gewidmet, ein anderes beschäftigt sich mit „Wiener Spezifika der Minderheitenfeindlichkeit und des Fremdenhasses“. Ein Buch, das zum Nachdenken über ein Thema anregt, das heute wieder von politischer Aktualität ist.

(Fortsetzung von Seite 6)

gerührt werden, wenn es unvermeidbar ist. Im Gegenzug werden die „zwölf schrecklichen Jahre“ endlich zu den Akten gelegt. Beides darf nicht sein. Unserer Vergangenheit können wir nicht entfliehen. Die Schwierigkeiten sind klar: Der Nationalsozialismus wird in den Augen vieler junger Menschen zunehmend zur weit entfernten Vergangenheit, erst recht nach dem Zusammenbruch der Nachkriegsordnung. Berechtigte Sorgen um das tägliche Fortkommen werden die Bereitschaft der ehemaligen DDR-Bevölkerung, sich mit ihrer – meist problematischen – Vergangenheit auseinanderzusetzen, nicht erhöhen. In beiden Fällen bleibt die Notwendigkeit, Erinnerung wach zu halten, historische Differenz nicht zu verwischen, aufklärerischen Unterricht zu betreiben und zur Beschäftigung mit der Geschichte seiner Lebenswelt anzuregen. Es geht für die Linke um die Initiierung eines historisch aufklärenden Diskurses, um die Gestaltung von Geschichtsunterricht, vor allem um die Beschäftigung zahlreicher Jugendlicher in lokalen Projekten der Erinnerungsarbeit für die Zukunft.

Blickt man auf die Ausgangsposition der extremen Rechten im Moment, so ist sie ungünstig. Das ist gut so. Die Einfallstore für sie stehen jedoch weiter offen, als uns lieb sein kann. Sie müssen endlich und schnell geschlossen werden.

(Gekürzte Fassung)

In jahrelanger Forschungsarbeit in in- und ausländischen Archiven, bei Ämtern, Gerichten, Organisationen und Privatpersonen und unter Mithilfe Salzburger Stellen hat das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes gemeinsam mit der „Kommission zur Erforschung von Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934–1945“ die Dokumentation „**Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934–1945**“ in zwei Bänden zu je 600 Seiten zusammengestellt. In übersichtlicher Form – nach sachlichen und chronologischen Gesichtspunkten gegliedert – werden die Dokumente bzw. Auszüge wiedergegeben. Jedes Dokument wird genau beschrieben und der Deponierungsort angegeben. Sachgerechte Einleitungen zu jedem Kapitel – von anerkannten Historikern und Publizisten verfaßt – vermitteln den spezifischen Hintergrund zu den Dokumenten und stellen deren Zusammenhang dar. Fotos, Faksimiles, Anmerkungen und Register ergänzen die Dokumentation. Entstanden ist ein notwendiges Handbuch und Nachschlagewerk für jeden politisch, zeitgeschichtlich oder lokalhistorisch Interessierten, für Historiker, Bibliothekare und Archivare, für Politiker, Lehrer und Studenten.

Subskriptionspreis je Band: Leinen S 290,-, Karton S 200,-. Bestellungen an: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wipplingerstraße 8, 1010 Wien.

Tagung des Buchenwald-Komitees

Das Internationale Komitee Buchenwald-Dora hielt vom 6. bis 10. Oktober 1990 in Luxemburg eine Tagung ab. Für die Freiheitskämpfer nahm daran Genosse Leopold Brunnler teil. Auf dem Programm standen Gedenkeiern beim „Monument aux Morts“ in Befort und eine Besichtigung des Widerstandsmuseums. Beraten wurde vor allem über die Erhaltung der Gedenkstätten Ravensbrück, Sachsenhausen und Buchenwald. Genosse Brunnler nahm auch an einem Empfang teil, den Präsident François Mitterrand am 17. Oktober zu Ehren von Mitgliedern des Lagerkomitees in Paris gab (siehe Faksimile).



Monsieur François Mitterrand
Président de la République
par Monsieur Leopold Brunnler

de lui faire l'honneur d'assister à la réception
qu'il offrira à l'occasion du 45^e anniversaire
de la libération des camps de déportation
le Mercredi 17 Octobre 1990 à 18 h.
au Palais de l'Élysée

Venez de ville

Die Einladung von François Mitterrand

Gedenkstätte Mauthausen

Das Öffentliche Denkmal Mauthausen und die Museen über die Geschichte des nationalsozialistischen Konzentrationslagers Mauthausen sowie der Österreicher in den NS-Konzentrationslagern Dachau, Buchenwald, Sachsenhausen, Ravensbrück, Auschwitz und Ghetto Theresienstadt wurden heuer bereits von mehr als 67.000 österreichischen und ausländischen Schülern/Studenten, von 119.000 Erwachsenen sowie von zahlreichen Delegationen (mit insgesamt 17.600 Personen) besucht. So waren u. a. am 18. September 1990 88 Offiziere des Österreichischen Bundesheeres in der Gedenkstätte und haben im Anschluß an den Besuch mit Zeitzeugen diskutiert. Am 10. Oktober 1990 besuchten 120 Hochschüler und Geschichtswissenschaftler verschiedener Universitäten Frankreichs mit Zeitzeugen die Gedenkstätte Mauthausen, um sich mit der Epoche der NS-Terrorherrschaft und dem Widerstand der europäischen Völker gegen das NS-Regime auseinanderzusetzen.

Ideologie ist verlangt

Wir von den Freiheitskämpfern waren immer das mahnende Gewissen der Partei. Unsere verehrte Rosa Jochmann ist ein personifiziertes Beispiel. So ist es verständlich, daß aus unseren Reihen und erfreulicherweise gerade aus der Jugend, die von unseren Ideen erfaßt werden konnte, der Ruf nach mehr Ideologie laut wird. Die Jugend verlangt nach gesellschaftlichem Lebensinhalt. Uns erwächst so die Aufgabe, nicht nur für die Opfer und ihre Hinterbliebenen zu sorgen, sondern auch die Idee, für welche die Opfer gestorben sind, in die Jugend weiterzutragen. Wir müssen mehr ideologische Bildungsarbeit leisten. Unsere Mittel werden immer geringer. Daher ist die Bildung eines Fonds für unsere kulturelle Aufgabe anzuregen. Unseren Mandatären und Mitgliedern der Partei wird die Bewußtseinsbildung wert sein, ihr Scherlein beizutragen. Die Organisation und Sammlung dafür sollte das Kontaktkomitee übernehmen. Mit den Mitteln könnten Veranstaltungen und Seminare mit ideologischem Fundament veranstaltet werden. Sicher würden sich dafür auch Referenten uneigennützig zur Verfügung stellen. Nostalgie an Gedenktagen ist zu wenig. Eine kontinuierliche Schulung für die Jugend tut not. Letztlich würde diese Schulung nicht nur den Freiheitskämpfern zugute kommen, sondern der gesamten Partei und den sozialistischen Gewerkschaftern.

Prof. Willi Krula

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:

Herbert Exenberger, Leo Lesjak, Hans Waschek.

DVR:0029106(691) 0908560
HERRN

ERNST FRUEHAUF
DARINGERG. 12-20/23/26
1190

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden
an den Absender

Niemals vergessen: Richard Platzer

Am 19. November 1940 fällt der 12. Senat des Oberlandesgerichtes in Wien sein Urteil – 16 Monate Gefängnis – über den Revolutionären Sozialisten Richard Platzer, der am 3. März 1903 in Wien geboren wurde. Seit frühester Jugend war er als sozialdemokratischer Vertrauensmann tätig. Nach dem Februar 1934 in den Reihen der Revolutionären Sozialisten, wurde Genosse Platzer wegen Vertriebes der illegalen „Arbeiter-Zeitung“ im Herbst 1934 zu sechs Wochen Polizeiarrest bestraft und mußte anschließend für drei Monate nach Wöllersdorf. Im Urteil vor 50 Jahren beschrieben die NS-Richter die illegale Tätigkeit von Genossen Platzer so:

Der Angeklagte war aus der Systemzeit mit dem damals für die Revolutionären Sozialisten illegal tätig gewesenen Otto Probst bekannt. Otto Probst wurde Ende August 1939 wegen Verdachtes staatsfeindlicher Betätigung im Interesse der revolutionären Sozialisten verhaftet und im Konzentrationslager Buchenwald verwahrt.

Ungefähr im Oktober oder November 1939 suchte die Gattin des Otto Probst, Rosa Probst, den Angeklagten auf und erzählte ihm von der Verhaftung ihres Mannes. Dieser händigte ihr darauf einen Geldbetrag von 20 oder 35 RM aus. Auf die Mitteilung der Probst, die Bedienerin Berta Bergmann sei infolge der Einweisung ihres Sohnes ins Konzentrationslager in Not, erklärte der Angeklagte, sie solle diesen einen Teil des übergebenen Geldes überbringen. Tatsächlich folgte die Probst der Bergmann von diesem Gelde 10 RM aus bzw. sandte über deren Ersuchen diesen Betrag direkt an August Bergmann ins Konzentrationslager. Der Sohn der Berta Bergmann, August Bergmann, war nämlich aus den gleichen Gründen wie Otto Probst in der zweiten Hälfte August verhaftet und in ein Konzentrationslager eingewiesen worden.

Nach seiner Haft kam Genosse Richard Platzer ins KZ Groß-Rosen. Dort ist er am 7. April 1942 von den Schergen Hitlers ermordet worden. Heute erinnert

eine Wohnhausanlage im 10. Wiener Bezirk, Puchsbäumplatz, an den Revolutionären Sozialisten und Opfer des Faschismus, Richard Platzer.

Niederösterreich

Rudolf Winter †. Anfang Juli 1990 verließ uns unser Freund Rudolf Winter (81) für immer. Er war langjähriger Landesobmannstellvertreter in Niederösterreich und Bezirksgruppenobmann in Baden. Alle, die ihn kannten, wissen, daß er seinen Idealen sein ganzes Leben lang treu blieb. Nach dem Ersten Weltkrieg gehörte Winter der Jungfront als Mitglied an und war später Kommandant des Republikanischen Schutzbundes in Baden. Nach den Februarereignissen 1934 war er für die Revolutionären Sozialisten illegal tätig und wurde in der Folgezeit 1935 und 1936 zusammen über ein halbes Jahr lang inhaftiert. Nach dem „Anschluß“ Österreichs an das Großdeutsche Reich verfolgte ihn die Gestapo.

Die letzten Lebensjahre litt unser Freund an einer schweren Krankheit. Auch wenn für ihn die zahlreichen Krankenhausaufenthalte schon zur Last wurden, ließ er den Besuch der Landes- oder Bundessitzungen in Wien selten aus. Jetzt aber bleibt sein Platz in unserem Kreis für immer leer! Wir werden ihn niemals vergessen!

Wien

Landeshauptversammlung. Der Landesverband Wien hielt am 21. September 1990 im ÖGB-Festsaal in der Maria-Theresien-Straße seine Jahreshauptversammlung ab. Nach einer Rezitation des Genossen Kurt Schmidt begrüßte namens der Wiener SPÖ Landesparteiensekretär Dr. Peter Kostelka die Konferenz. Dann berichteten die Vorsitzende-Stellvertreterin Genossin Erna Musik, der Kassier Genosse Alois Ballek und für die Kontrolle Genosse Otto Wolf. Das politische Referat hielt Genossin Abgeordnete Mag. Brigitte Ederer zum Thema „7. Oktober – starke SPÖ – gegen Rechtsextremismus“. Ihre Ausführungen stießen auf großes Interesse, wie die daran anschließende Diskussion



Erna Musik (Foto: H. Waschek)

zeigte. Bei der Neuwahl wurde Genossin Erna Musik einstimmig zur neuen Vorsitzenden des Landesverbandes gewählt. Ihre Stellvertreter sind die Genossen Leo Mistingher und Herbert Exenberger. Als Kassier wurde Genosse Alois Ballek bestätigt, sein Stellvertreter ist Genosse Kurt Schmidt. Zu Schriftführerinnen wurden die Genossinnen Steffi Fahn und Hilde Mauritz gewählt, in die Kontrolle die Genossen Otto Wolf, Leopold Herzog und Maria Hirschler. Zu Beisitzern wurden die Genossen Otto Skritek, Karl Milota, Leo Hölzl, Heinz Popelka, Hannes Schwantner, Ulrich Lehner, Hugo Pepper, Peter Weidner und Gilbert Waserberger gewählt.

Wien

Kontaktkomitee. Am 2. Oktober 1990 hat sich der Schulungsarbeitskreis des Kontaktkomitees Wien wieder getroffen. Der Arbeitskreis entstand aus einem Seminar der Wiener Bildung und des Kontaktkomitees, das die Themen historischer Faschismus und Neofaschismus behandelte (Referenten: Herbert Exenberger und Peter Lhotzky). Die Genossin Elisabeth Jandl berichtete über ein Buch der Autorin Alice Miller („Am Anfang war Erziehung“), das sich mit der Kindheit Hitlers beschäftigt, und deren Wirkung auf sein späteres Leben aufzeigt. Die Genossin Waltraud Mayer referierte über „Ausländerfeindlichkeit und Vorurteile“.

An unsere Leser!

Redaktionsschluß für die Nummer 11/12 ist der 15. November 1990.

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-0. Hersteller: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG., 1110 Wien.